



Inhalt

Gespräche im Bundestag

[Bundesbeamtinnen und -beamte: Alimentation und Arbeitszeit im Fokus](#)

dbb senioren, dbb frauen und dbb jugend

[Generationen-Solidarität stärken – Altersarmut bekämpfen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Beihilfestelle soll gestärkt werden](#)

Hessen

[Gedenken an den Mordanschlag in Hanau](#)

BTB Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst

[Bundesweites Kontrolldefizit im Arbeitsschutz](#)

vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales

[Bundesagentur für Arbeit soll Beihilfebearbeitung verbessern](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Aktionstag mit Warnstreiks bei allen AOK-Gesundheitskassen](#)

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

[Studie: Technische Ausstattung an beruflichen Schulen weiterhin mangelhaft](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Einsatz des Verfassungsschutzes gegen „Letzte Generation“ gefordert](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Kindeswohl braucht sichere Lernorte](#)

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

[Abgabefreiheit von Corona-Prämien: Längere Auszahlungsfrist gefordert](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Arbeitsgespräch mit Staatssekretärin zur Digitalisierung](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Gespräche im Bundestag Bundesbeamtinnen und -beamte: Alimentation und Arbeitszeit im Fokus

Bei Gesprächen im Deutschen Bundestag hat dbb Vize Friedhelm Schäfer auf die Dringlichkeit von Reformen für die Bundesbeamtinnen und -beamten hingewiesen.

„Besonders zwei Themen müssen unverzüglich angegangen werden: Erstens die Umsetzung der einschlägigen Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation, damit Besoldung und Versorgung endlich wieder den Vorgaben des Grundgesetzes entsprechen. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Zweitens muss so schnell wie möglich mindestens ein Einstieg in die Reduzierung der Wochenarbeitszeit geschafft werden“, erklärte Schäfer nach Gesprächen mit den Bundestagsabgeordneten Ingo Schäfer (SPD) und Petra Nicolaisen (CDU), die beide Mitglieder im Innenausschuss des Bundestages sind.

„Es ist für den Bund offen gesagt ein Armutszeugnis, dass die Alimentation der eigenen Beamtinnen und Beamten immer noch nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben entspricht“, machte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb deutlich. „Dabei waren wir bereits Anfang 2021 auf einem guten Weg zu einer Lösung, bis der entsprechende Gesetzentwurf in der Ressortabstimmung unverständlicherweise gescheitert ist. Die möglichen Lösungswege liegen aber immer noch auf dem Tisch: Stellschrauben sind

unter anderem eine Anhebung der Grundbesoldung, eine Stärkung der Kinderkomponenten, die Einführung eines Regionalen Ergänzungszuschlages oder Verbesserungen bei der Beihilfe.“

Mit Blick auf schon seit Jahren geführte Diskussion um die Arbeitszeit der Bundesbeamtinnen und -beamten erklärte Schäfer: „Die 41-Stunden-Woche ist durch nichts mehr zu rechtfertigen und wird von den Kolleginnen und Kollegen als große Ungerechtigkeit empfunden, da die ursprüngliche Begründung für die Erhöhung der Wochenarbeitszeit schon lange entfallen ist. Bedenken sollte der Bund auch, dass die Ist-Situation nicht gerade ein Werbemittel bei der Nachwuchskräftegewinnung ist.“

Weitere Themen waren die von Bundesinnenministerin Nancy Faeser auf der dbb Jahrestagung im Januar angekündigte Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, die zugesicherte Fortsetzung der Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes sowie notwendige Rahmenregelungen für den Bereich „Homeoffice/Mobiles Arbeiten“.

dbb senioren, dbb frauen und dbb jugend Generationen-Solidarität stärken – Altersarmut bekämpfen

Der Generationenvertrag muss neu aufgelegt werden, um soziale Gerechtigkeit zu garantieren. Das fordern dbb senioren, dbb frauen und dbb jugend.

„Schon heute lebt mehr als ein Fünftel der über 80-jährigen unter der Armutsgrenze. Frauen sind noch stärker betroffen als Männer. Das ist für Deutschland als eine der reichsten Volkswirtschaften der Welt ein absolutes Armutszeugnis“, mahnte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb senioren, mit Blick auf den diesjährigen Internationalen Tag der sozialen Gerechtigkeit, den die Vereinten Nationen jährlich am 20. Februar ausrufen. Den ersten wichtigen Schritt habe die Politik mit der Schaffung der Grundrente schon gemeistert. Jetzt müssten weitere Maßnahmen folgen. „Die Einführung eines steuerfinanzierten Entgeltes für pflegende Angehörige und eine angemessene Berücksichtigung dieser Zeiten in der Rente

bilden einen weiteren Baustein hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit“, so Klitzing.

Das sieht auch dbb frauen Chefin Milanie Kreutz angesichts der hohen Altersarmut unter Frauen als dringend geboten: „Wenn wir über soziale Gerechtigkeit reden, dann führt keine Diskussion an den Frauen vorbei. Nur, wenn wir Gleichstellung in der Familien- und Sozialpolitik priorisieren, werden wir die Schere der sozialen Ungleichheit langfristig schließen können.“ Dafür seien gezielte Entlastungen im Bereich der Kinderbetreuung und Sorgearbeit ebenso geboten wie ein erleichterter Zugang für Mütter zu existenzsichernder Erwerbsarbeit

und Führungspositionen. In diesem Zusammenhang kritisierte Kreuz auch die geplante Erhöhung der Verdienstobergrenzen für Minijobs: „Anstatt Zuverdienstmodelle durch die Stärkung des Niedriglohnsektors zu verfestigen, sollte die Bundesregierung alles daransetzen, Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die Raum für Familie geben und Müttern auch im Alter ein gutes Auskommen garantieren.“

dbb jugend Chefin Karoline Herrmann wies in diesem Zusammenhang auf die zunehmenden Schwierigkeiten der nachkommenden Generationen hin, sich für das Alter gut abzusichern.

„Die hohen Sozialleistungen, steigende Lebenshaltungskosten und anhaltend niedrige Zinsen machen es jungen Menschen so gut wie unmöglich, ein finanzielles Polster fürs Alter aufzubauen. Vielen bleibt da nur noch die Hoffnung aufs Erbe. Und das steht jedem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit entgegen“, stellte Herrmann heraus. Neben einer Stärkung der gesetzlichen Rente und dem Erhalt der Beamtenversorgung müsse auch die private Vorsorge fürs Alter erleichtert werden. „Insbesondere die betriebliche Alterssicherung, die auch Menschen mit niedrigen Einkommen eine zusätzliche Absicherung fürs Alter ermöglicht, muss gestärkt werden“, so Herrmann.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

Beihilfestelle soll gestärkt werden

Der dbb berlin hat gefordert, die organisatorischen Probleme in der Beihilfestelle des Landesverwaltungsamtes Berlin unverzüglich anzugehen.

Die Behörde habe ihre Fachaufgaben aus technischen Gründen während der Corona-Pandemie nicht ins Homeoffice verlagern können und in der Folge zahlreiche Ausfälle durch Erkrankungen zu beklagen. Das Problem habe sich verschärft, nachdem Räume der Behörde aufgrund einer Staubbelastung mit Schwermetallen durch eine benachbarte Großbaustelle kontaminiert und durch die Unfallkasse gesperrt wurden. In der Folge kam es zu großen Verzögerungen bei der Auszahlung der Beihilfe.

Durchaus Verständnis für die schwierige Situation in der Beihilfestelle zeigte dbb Landeschef Frank Becker am 23. Februar 2022. Allerdings erwarte er jetzt unverzüglich Maßnahmen, die etwa die Einrichtung ausreichender Homeoffice-Arbeitsplätze beschleunigen und das Personal verstärken: „Es darf nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen so lange auf die ihnen zustehende Beihilfe warten müssen!“ Große Anerkennung zollte Becker den Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Beihilfestelle, die diese trotz der erschwerten Bedingungen erbringen.

Hessen

Gedenken an den Mordanschlag in Hanau

„Am Jahrestag der Mordanschläge von Hanau sind wir in Gedanken bei den Angehörigen, deren Schmerz auch zwei Jahre nach dem rassistischen Anschlag kaum nachgelassen haben dürfte“, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, am 19. Februar 2022. „Das erfahrene Leid lässt sich sicher kaum in Worte fassen.“

Zugleich mahnt er auch die Gesellschaft und jeden einzelnen, wachsam zu sein, damit sich solche schrecklichen Taten nicht wiederholen. „Demokratie und Frieden sind leider keine Selbstläufer, jeder von uns ist gefordert für den Erhalt einzutreten“, sagte Schmitt. „Das führt

uns das Tagesgeschehen immer wieder vor Augen.“ Deshalb sei es wichtig, wachsam zu bleiben, um Extremismus zu identifizieren und als Gesellschaft im Zusammenspiel mit den Institutionen wirksam und entschlossen zu bekämpfen.

BTB Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst

Bundesweites Kontrolldefizit im Arbeitsschutz

Der BTB beobachtet seit Jahren mit großer Sorge den Rückgang von Arbeitsschutzkontrollen durch die Länder. Der Bericht „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2020“ bestätigt, dass sich der Trend zu immer weniger Arbeitsschutzkontrollen bundesweit fortgesetzt hat.

„Für immer mehr Aufgaben stehen strukturell zu wenige Arbeitsschützer in den Ländern zur Verfügung“, hieß es dazu vom BTB am 23. Februar 2022. Die Beschäftigten des staatlichen Arbeitsschutzes in den Ländern bekämen aber jedes Jahr durch europäische Rechtssetzung oder durch Bundesgesetzgebung zusätzliche Aufgaben übertragen. „Dafür wird allerdings kein oder kaum zusätzliches Personal in den Ländern eingestellt. So darf es niemanden verwundern, dass die Betriebsbesichtigungen weiterhin rückläufig sind.“

Die meisten Landesregierungen würden ihrer Pflicht der Vollzugsüberwachung zur Umsetzung der bundesrechtlichen Arbeitsschutzbestimmungen nicht nachkommen. Beispielsweise gebe es in Baden-Württemberg nach wie vor keine funktionsfähige Arbeitsschutzverwaltung. Obwohl die Landesregierung regelmäßig durch den BTB auf diesen Missstand hingewiesen wurde und wird, reagiere sie nicht. Das Umweltministerium Baden-Württemberg blockiere vielmehr seit Jahren die nach-

vollziehbare Strukturierung der Aufgabenwahrnehmung im Staatlichen Arbeitsschutz. „Hier gilt das Motto ‚Wer nicht kontrolliert, stellt keine Mängel fest und hat keine Probleme im Vollzug des Arbeitsschutzes‘“, so der BTB Bundesvorsitzende Jan Georg Seidel. Insbesondere im Bereich der prekären Beschäftigung gebe es bundesweit kein Konzept, um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz von Beschäftigten durch Arbeitsschutzkontrollen zu sichern und zu verbessern.

Mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz aus 2021 habe die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats eine Kontrollquote von fünf Prozent aller Betriebe ab dem Jahr 2026 für die Länder vorgegeben. „Wenn die Länder nicht sofort anfangen, Arbeitsschutzbeamtinnen und -beamte massiv auszubilden, kann die neue gesetzliche Überwachungsquote nicht im Ansatz erreicht werden. Der BTB fordert daher von den Landesregierungen, endlich die Aufgaben des Staatlichen Arbeitsschutzes ernsthaft wahrzunehmen“, so der BTB Bundesvorsitzende.

vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Bundesagentur für Arbeit soll Beihilfebearbeitung verbessern

Die Zeiten bei der Bearbeitung von Beihilfeanträgen von Beamtinnen und Beamten bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind zuletzt massiv gestiegen – teilweise auf durchschnittlich 50 Arbeitstage. Die vbba fordert eine schnelle Lösung der Probleme.

„Abgesehen davon, dass die BA als Dienstherin in der rechtlichen und moralischen Pflicht steht, sind finanzielle Engpässe und Sorgen für den Genesungsprozess nicht gerade förderlich. Insofern muss alles zur Normalisierung der Bearbeitungssituation getan werden. Die hohe Belastung in der Beihilfestelle gefährdet zudem die Gesundheit der dort tätigen Kolleginnen und Kollegen“, sagte der vbba Bundesvorsitzende Waldemar Dombrowski am 21. Februar 2022.

Von der BA-Zentrale fordert die Gewerkschaft, die personelle Ausstattung kurzfristig zu erhöhen, um eine nachhaltig stabile Bearbeitung sicherzustellen. Bei Anträgen, die höhere Kostenerstattungen beinhalten, sollten zudem grundsätzlich Abschlagszahlungen gewährt werden, ohne dass dies von den Beschäftigten explizit beantragt werden müsse. Außerdem sollen weitere prozessuale Optimierungsmöglichkeiten geprüft und umgesetzt werden, um „die Lage für die Beihilfeberechtigten sowie der bearbeitenden Kolleginnen und Kollegen zu verbessern“.

Aktionstag mit Warnstreiks bei allen AOK-Gesundheitskassen

Um ihren berechtigten Forderungen nach fairen Gehaltserhöhungen Nachdruck zu verleihen, haben Tarifbeschäftigte und Auszubildende aller elf AOK-Gesundheitskassen am 23. Februar 2022 ganztägig die Arbeit niedergelegt. Die GdS hatte ihre Mitglieder zu den bundesweiten Warnstreiks aufgerufen, um in den stockenden Gehaltstarifverhandlungen ein unmissverständliches Signal an die Arbeitgeber zu senden.

Betroffen von den Arbeitsniederlegungen waren die AOK Baden-Württemberg, AOK Bayern, AOK Bremen/Bremerhaven, AOK Hessen, AOK Niedersachsen, AOK Nordost, AOK NordWest, AOK Plus, AOK Rheinland/Hamburg, AOK Rheinland-Pfalz/Saarland und AOK Sachsen-Anhalt. Im Rahmen der Streiks kam es zu Beeinträchtigungen im Kundenservice und in der Erreichbarkeit der einzelnen AOKn.

Zeitgleich zu einer Online-Versammlung der Streikenden am Vormittag des bundesweiten Aktionstages hat die GdS zwei zentrale Protestkundgebungen in Berlin und Essen veranstaltet. In Berlin sprach der GdS Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner zu den Teilnehmern, dabei wurde er gleichzeitig per Livestream in die Online-Versammlung zugeschaltet.

„Unsere Warnstreikwelle in der ersten Februarwoche hat zwar Bewegung in die Verhandlungen gebracht, allerdings sind wir noch lange nicht am Ziel“, erklärte Wagner. Auch das

nachgebesserte Arbeitgeberangebot gehe an den Realitäten vorbei und werde der Arbeitsleistung der AOK-Beschäftigten in keiner Weise gerecht. „Die angebotenen Beträge bedeuten einen Schlag ins Gesicht aller hochmotivierten Mitarbeiter, da sie ihrem Einsatz hohnsprechen“, so Wagner. „Die Arbeit der Beschäftigten ist deutlich mehr wert, deshalb sind wir für ein faires, wertschätzendes Angebot der AOK-Tarifgemeinschaft in den ganztägigen Warnstreik gegangen.“

In der dritten Runde der Tarifverhandlungen mit der GdS am 8. und 9. Februar hatten die AOK-Arbeitgeber ihr völlig unzureichendes Angebot aus der zweiten Runde lediglich marginal nachgebessert. Die Einmalzahlung für Tarifbeschäftigte soll nunmehr 1.000 Euro statt 800 Euro betragen (Azubis 400 Euro statt 300 Euro), für das Jahr 2023 wurde eine Gehaltserhöhung um 1,7 Prozent statt bisher 1,2 Prozent in Aussicht gestellt. Die Tarifverhandlungen zwischen GdS und TGAOK werden am 23. und 24. Februar fortgesetzt.

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

Studie: Technische Ausstattung an beruflichen Schulen weiterhin mangelhaft

Der BvLB hat in Zusammenarbeit mit den Universitäten Bamberg, Hannover, Osnabrück und der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch-Gmünd eine inhaltlich breit angelegte Befragung der Lehrkräfte initiiert. Die Ergebnisse sind in die Studie „Erfahrungen und Perspektiven digitalen Unterrichtens und Entwickelns an beruflichen Schulen (Digi-BS)“ eingeflossen.

Die Studie bescheinigt den Berufsbildnern lösungsorientiertes Handeln in der Krise und untermauert empirisch, was der BvLB fortwährend bemängelt: Die Corona-Krise hat die digitale Ausstattung der beruflichen Schulen zwar einerseits enorm beschleunigt, andererseits fehlt es weiterhin an notwendiger Infrastruktur wie Gigabit-Anschlüssen, Lehrerlaptops, datenschutzkonformen Softwarelösungen sowie E-didaktischen Lehr- und Lerninhalten, um verlässlich qualitativ wertvollen Distanzunterricht auch in der Fläche gewährleisten zu können.

„Die Berufsbildner sind Macher und Lehrkräfte aus Überzeugung, die vor allem das Wohl und die gelingende Ausbildung der Schülerinnen

und Schüler immer im Blick haben. Und das, obwohl die beruflichen Schulen seit Jahrzehnten mit Personalmangel zu kämpfen haben, bei der digitalen Ausstattung vielerorts immer noch hinterherhinken und immer mehr Aufgaben aufgebürdet bekommen, die nichts mit dem originären Unterrichten zu tun haben“, sagt Joachim Maiß, Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB).

Weiterhin offenbart die Studie das Gefälle zwischen den Ländern – nicht nur bei der technischen Ausstattung. „Daher ist das von der Ampel-Koalition angedachte Kooperationsgebot zwischen Bund und Ländern, das finanzielle

Transferleistungen und länderübergreifende Bildungsstandards ermöglichen soll, im Grundgesetz zu verankern“, sagte Maiß am 21. Februar 2022.

Eine umfassende Bewertung der Studie sowie die vollständigen Ergebnisse sind unter [bvlb.de](https://www.bvlb.de) abrufbar.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) Einsatz des Verfassungsschutzes gegen „Letzte Generation“ gefordert

Die DPOIG fordert die Beobachtung von Mitgliedern der Organisation „Letzte Generation“, die in den vergangenen Wochen massive Störungen und Gefährdungen im Straßenverkehr durch rechtswidrige Blockaden ausgelöst hatten, durch den Verfassungsschutz.

Die Ankündigung der Organisation, möglicherweise auch Flughäfen und andere kritische Infrastrukturen zu blockieren, müsse die Politik alarmieren. Verfassungsorgane sollten durch diese Straftaten genötigt werden. In Berlin erklärte der DPOIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt: „Bislang hat sich der Rechtsstaat als eher hilflos und wenig ambitioniert gezeigt, was die Verhinderung der kriminellen Handlungen einer kleinen Gruppe angeht, die den Staat offen herausfordert und Menschenleben gefährdet. Mit ihren Aktionen verbinden sie Forderungen auf konkretes Handeln gewählter Volksvertretungen und anderer Verfassungsorgane, das allein ist schon strafbar und muss unterbunden und verfolgt werden.“

Mit der Ankündigung, weitere kritische Infrastrukturen, etwa Flughäfen oder Bahnhöfe zu blockieren, werde eine neue Dimension dieser Aktionen angesteuert. Wendt: „Das Leben vieler Menschen könnte konkret in Gefahr geraten und das öffentliche Leben noch mehr gestört werden. Diese Delikte müssen nicht nur rasch und konsequent geahndet werden, vielmehr

müssen die Sicherheitsbehörden in die Lage kommen, es dazu gar nicht erst kommen zu lassen.“

Der Einsatz des Verfassungsschutzes zur gezielten Beobachtung dieser Gruppierung sei deshalb angemessen und auch dringend geboten. „Hier geht es nicht nur um ein paar junge Spinner, die man wegtragen kann, sondern um konkret staatsfeindliches Handeln, das unterbunden werden muss. Die Bundespolizei, in deren Zuständigkeit der Schutz von Verfassungsorganen gehört, braucht diese Informationen, um ihre Aufgabe durch gezielten Kräfteinsatz auch wahrnehmen zu können“, erklärte der DPOIG Chef. „Dazu müssen auch der Unterbindungsgewahrsam ausgebaut und konsequent angewendet und selbstverständlich alle anderen rechtsstaatlichen Register gezogen werden, etwa die Kostentragungspflicht für diejenigen, die hier glauben, politische Entscheidungen nicht durch gewählte Parlamente treffen zu lassen, sondern durch Nötigung und Gewalt zu erzwingen.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Kindeswohl braucht sichere Lernorte

Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann hat sich am 18. Februar 2022 zur Stellungnahme des Corona-Expertenrates der Bundesregierung geäußert.

„Der VBE begrüßt ausdrücklich, dass der Corona-Expert:innenrat die besondere Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie in den Blick nimmt und deutlich kritisiert, dass die bisherigen Maßnahmen zwischen den Bundesländern uneinheitlich sind und willkürlich erscheinen. Auch bei den am Mittwoch in der Bund-Länder-Runde getroffenen Entscheidungen musste man erneut den Eindruck haben, dass die beschlossenen Lockerungen in

erster Linie mit Blick auf wirtschaftliche Aspekte und weniger mit Blick auf die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, einschließlich des Kita- und Schulbereichs, getroffen wurden. Die Einschätzungen des Expert:innenrates decken sich in vielen Punkten mit den Forderungen, die der VBE in den letzten Wochen und Monaten an die Politik gerichtet hat. Wir erwarten von den politisch Verantwortlichen, dass sie sich die Hinweise und Vorschläge des Ex-

pert:innenrates zu eigen macht. Dies gilt insbesondere für die Kritik an den drastischen und scheinbar willkürlichen Regelungen zwischen den Bundesländern und die Nichtbeachtung der S3-Leitlinien. Auch den Ruf nach nachhaltigen staatlichen Fördermaßnahmen, um sowohl die durch die Pandemie entstandenen Lerndefizite und psychosozialen Belastungen als auch die bereits vor der Pandemie bestehenden Ungleichheiten in den Entwicklungschancen bei Kindern und Jugendlichen auszugleichen, teilen wir ausdrücklich. Diese Forderung des Expert:innenrates ist ein weiterer Beleg dafür, wie dringend erforderlich es ist, dem gravierenden Lehr- und Fachkräftemangel in

Schulen und Kitas endlich dauerhaft zu begegnen und sie zur Unterstützung mit multiprofessionellen Teams auszustatten.“

Beckmann weiter: „Wir erwarten, dass die Politik die Empfehlungen des Expert:innenrates nutzt, um Schulen und Kitas endlich zu sicheren Lern- und Begegnungsorten zu machen, anstatt für den kommenden Herbst auf das Prinzip Hoffnung zu setzen. Es darf keinesfalls noch einmal dazu kommen, dass Lehrkräfte und Schulleitungen originäre Aufgaben der Gesundheitsämter und Labore übernehmen müssen. Dies verschärft den ohnehin bestehenden Mangel an Personal zusätzlich und bindet Zeit, die dringend für die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages benötigt wird.“

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

Abgabefreiheit von Corona-Prämien: Längere Auszahlungsfrist gefordert

Am 17. Februar 2022 hat sich der DSTG Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler zu einem ersten Meinungsaustausch mit dem neuen finanzpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Markus Herbrand getroffen.

Mit Blick auf die Abgabefreiheit von Corona-Prämien warb Eigenthaler nachdrücklich für eine Verlängerung der Auszahlungsfrist bis 31. Dezember 2022 und angesichts der langen Dauer der Pandemie auch für eine Erhöhung des steuerfreien Betrages.

Zum Thema „Vollverzinsung im Steuerrecht“ muss nach einer klaren Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts bis spätestens 31. Juli 2022 eine neue Regelung gefunden werden. Eigenthaler sprach sich gegen eine völlige Abschaffung der Verzinsung aus. Der Fiskus dürfe gerade in Betriebsprüfungs-Fällen kein Kreditgeber ohne jede Sicherheit und ohne jedes Preisschild sein, fasste Eigenthaler seine Bedenken gegenüber einem „Zins Null“ zu-

sammen. Zudem sei eine rückwirkende Nullverzinsung von Erstattungen rechtlich problematisch. Flexible Zinssysteme – anknüpfend an EZB-Basiszinsen – seien wiederum in der Praxis schwer nachvollziehbar. Er werbe daher für einen fixen Zinsfuß für alle steuerlichen Verzinsungsarten auf einem niedrigeren Niveau als bisher.

Kritisch äußerte sich der DSTG-Bundesvorsitzende zu Überlegungen, Betriebsprüfungen (BP) durch Änderungen der Abgabenordnung „schneller“ zu erledigen. „Wer eine schnellere BP möchte, erreicht dies nicht durch eine Änderung von Paragraphen, sondern muss in erster Linie mehr Prüfer einsetzen“, bilanzierte Eigenthaler.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Arbeitsgespräch mit Staatssekretärin zur Digitalisierung

Bei einem ersten Gespräch erörterten die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen Katja Hessel und der Vorsitzende des Hauptpersonalrats und stellv. BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel die verschiedensten Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag für den Zoll und die Bundesfinanzverwaltung.

Hessel machte deutlich, dass es angesichts der hohen Staatsdefizite erforderlich sei, den Zoll und die Steuerverwaltung zu stärken, um

Schmuggel und steuerliche Hinterziehungsversuche weiter einzudämmen. So ließen sich

schließlich auch ohne Steuererhöhungen zusätzliche Einnahmen generieren, denn der dadurch geschätzte Steuerausfall liege bei mehr als 100 Milliarden Euro jährlich. Außerdem gehöre es zu den grundlegenden Aufgaben des Staates sicherzustellen, dass die geltenden gesetzlichen Vorschriften und Einfuhrbestimmungen eingehalten werden. Somit bedürfe es eines adäquaten Personaleinsatzes und entsprechender Ausstattung, damit die Bekämpfung von Finanzkriminalität, der illegalen Beschäftigung und des Sozialleistungsmissbrauchs effektiv bewältigt und verhindert werden können. Hierbei dürfe auch die Förderung der Zöllnerinnen und Zöllner durch flexiblere Fortkommensmöglichkeiten nicht zu kurz kommen.

Mit Blick auf den im Koalitionsvertrag avisierten „umfassenden digitalen Aufbruch“ vereinbarten Hessel und Liebel eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit, denn dort fänden sich viele Pläne, die Digitalisierung voranzubringen und die IT von Zoll und Bundesfinanzverwaltung an die Bedürfnisse der neuen Arbeitswirklichkeit anzupassen. Der Einsatz modernster Kommunikations- und Informationstechnik würde zudem die Zollarbeit im Umgang mit den enormen Datenmengen (etwa Geldwäsche-Verdachtsmeldungen oder Zollanmeldungen) erheblich erleichtern. Dabei sollen der Zoll und die Steuerbehörden nicht mit einer Ausstattung „von gestern die Herausforderungen von morgen lösen“. Außerdem komme auch der Mitnahme aller Beschäftigten ein wesentlicher Stellenwert zu.

Namen und Nachrichten

Im Juli 2021 wurde das Gesetz zur Anpassung der Bundesbesoldung und -versorgung für 2021/2022 und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften (BBVAnpÄndG 2021/2022) veröffentlicht. Das Gesetz sieht für seine Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger Anpassungen der Besoldung und Versorgung zum 1. April 2021 um 1,2 Prozent und zum 1. April 2022 um 1,8 Prozent vor. Der **dbb** hat die Besoldungstabelle, gültig zum 1. April 2022, auf seiner [Internetseite](#) veröffentlicht.

Auch der zweite Verhandlungstermin in den aktuellen Tarifverhandlungen zur Zusatzversorgung hat kein Ergebnis gebracht. Der **dbb** wird die Situation und das weitere Vorgehen nun in seinen Gremien beraten. Die Tarifverhandlungen waren nach dreijährigem Ruhen am 24. Januar 2022 wiederaufgenommen und am 18. Februar 2022 fortgesetzt worden. Gegenstand der Verhandlungen mit Bund, Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) sind die Nachvollziehung verschiedener Entwicklungen in der gesetzlichen Rentenversicherung – etwa die so genannte Flexirente und die Ausdehnung der Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderung – sowie die Anpassung der Wartezeit zur Erlangung eines Anspruchs in der Zusatzversorgung. Wesentliche Differenzen bestehen nach wie vor beim gesetzlich vorgesehenen Arbeitgeberzuschuss im Rahmen einer Entgeltumwandlung. Dem Kompromiss-Vorschlag der Gewerkschaften einer unterschiedlichen Verwendung des Zuschusses je nach Höhe der Garantieverzinsung der Versicherungsverträge wollten die Arbeitgeber nicht folgen. Ausführliche Informationen zu den Verhandlungen liefert das [Flugblatt](#)

[des dbb \(PDF\)](#) zum Verhandlungsauftritt am 24. Januar 2022.

Die **dbb** Verhandlungskommission hat ihre Forderungen für den Entgelttarifvertrag mit FraSec beschlossen. Diese wurden den Arbeitgebenden beim Verhandlungsstart am 21. Februar 2022 vorgestellt. Die Kommission hat die Entgeltforderung von 1 Euro mehr pro Stunde für den bundesweit geltenden Entgelttarifvertrag mit dem Bundesverband der Luftverkehrsinhaberunternehmen in ihren Beschluss einbezogen, der für viele FraSec-Beschäftigte gilt. Über diesen Tarifvertrag wird parallel verhandelt. Die Forderungen des dbb lauten nun: Erhöhung der Stundenentgelte um 1 Euro; tarifliche statt betrieblich vereinbarte Zulage für Ausbilder, Praxistrainer und Mentoren; Überarbeitung des Eingruppierungssystems; Laufzeit 12 Monate ab dem 1. Januar 2022. Weiter Informationen gibt es auf [dbb.de](#).

Die Beschäftigten der Bodenverkehrsdienste am Flughafen Hamburg erhalten eine deutliche Entgelterhöhung. Der **dbb** Verhandlungsführer Michael Adomat erklärte am 17. Februar 2022: „Unsere heutige Tarifeinigung führt zu Entgelterhöhungen von bis zu 11 Prozent. Das kann sich sehen lassen, besonders unter den Bedingungen der Pandemie, die die Flughäfen hart getroffen hat. Trotz des schwierigen Umfelds mussten wir jetzt tätig werden, weil es im BVD-Bereich einen deutlichen Nachholbedarf gab. Gerade auch im Hinblick auf die Planungen zur Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Hier haben wir deutliche Verbesserungen erreicht.“ Die Verhandlungspartner haben sich mit einer Erklärungsfrist bis zum 15. März 2022 geeinigt. Die Details der Einigung gibt es auf [dbb.de](#).

Termine:

25. Februar 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 1. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue

21./22. März 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 2. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue

22. März 2022, Livestream auf dbb.de

dbb forum öffentlicher Dienst "Beitragssprünge in der PKV – muss das sein?"

Weitere Informationen folgen.

6./7. Mai 2022, Berlin

Bundesjugendtag 2022 der dbb jugend (Bund)

Mehr Informationen unter <https://www.dbb-jugend.de/events/bundesjugendtag.html>

16./17. Mai 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue
